

UNO will Ende des Siedlungsbaus

Nahost Der UNO-Sicherheitsrat hat gestern in einer Resolution ein sofortiges Ende des israelischen Siedlungsbaus im Westjordanland gefordert. Anders als bisher haben die USA überraschend auf ein Veto verzichtet und sich enthalten. Malaysia, Senegal, Neuseeland und Venezuela hatten einen entsprechenden Resolutionsentwurf erneut eingebracht. Die Resolution wurde von 14 Mitgliedstaaten angenommen. Bereits am Mittwoch hatte Ägypten diesen Entwurf für eine Abstimmung am Donnerstag vorgelegt, dann aber zurückgezogen.

Die Resolution bezeichnet die israelischen Siedlungen als Verletzung internationalen Rechts und als Hürde bei der Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung. Die israelische Regierung hatte sich am Mittwoch schnell dagegen ausgesprochen und forderte, die USA sollten im Sicherheitsrat ein Veto einlegen. Die internationale Gemeinschaft verurteilt die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland seit langem. 2011 hatten die USA bereits gegen einen ähnlichen Beschluss ihr Veto mit der Begründung eingelegt, eine Resolution würde den Friedensgesprächen im Nahen Osten schaden. (sda)

Rebellen willigen in Kampfpause ein

Ukraine Die prorussischen Rebellen wollen eine von der Ukraine-Kontaktgruppe vermittelte Kampfpause rund um das Weihnachtsfest einhalten. Die Waffenruhe sei gestern um Mitternacht in Kraft getreten, sagte der Separatisten-Anführer Denis Pushtin. Vertreter Russlands, der Ukraine und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hatten sich am Mittwoch in Minsk darauf geeinigt, die Kampfhandlungen in der Ostukraine von heute an vollständig einzustellen. Die ukrainische Armee bestätigte tags darauf, dass sie sich an das Abkommen halten werde.

Die deutsche Vizeregierungssprecherin Ulrike Demmer bezeichnete die Feuerpause gestern angesichts der jüngst eskalierten Kämpfe im Gebiet um Debalzewe als «wichtiges Signal». (sda)

Wenn Religionen zusammenleben

Libanon Trotz grosser Unterschiede, Armut und Krieg schafft es die libanesische Gesellschaft immer wieder, einen friedlichen Umgang zu finden. Das zeigt sich besonders zur Weihnachtszeit.

Lucas Beck*

Vor kurzem kam es in der Nähe von Zahlé wieder zu einem Bombenanschlag. Eine Frau verlor dabei ihr Leben. Gezündet hatte die Bombe ein sunnitischer Fanatiker. Es ist eines jener Ereignisse, die das Bild bestätigen, das wir in der Schweiz vom Nahen Osten haben: Terror, Flüchtlinge, Islamisierung, Unterdrückung der Frauen. Gräueltaten.

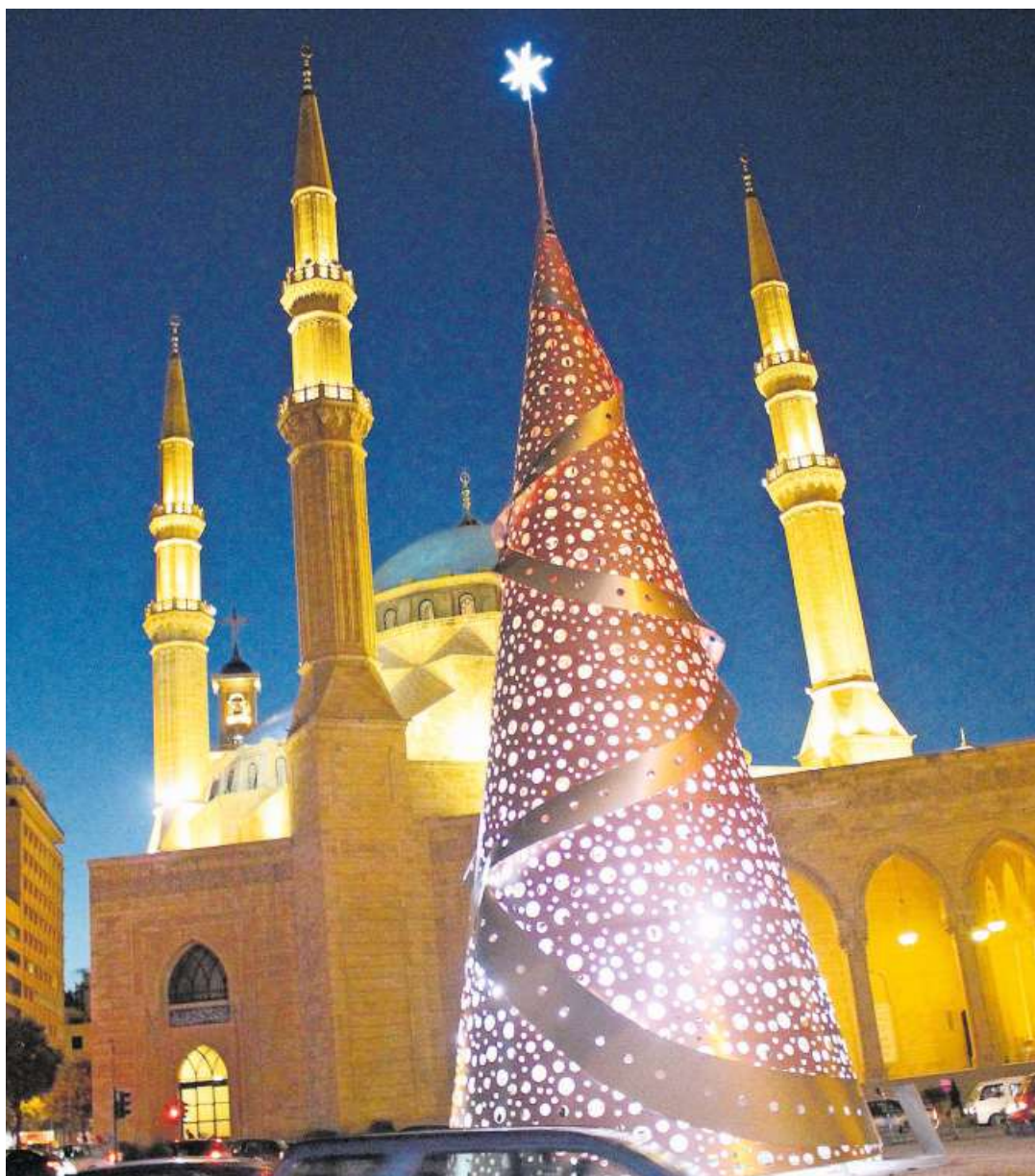
Mohammad, ein libanesischer Bauer, der auch als Chauffeur für die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) arbeitet, ist selber Muslim und zieht seinen eigenen Schluss: «In every house, there is a toilet» – in jedem Haus gibt es ein Klo. Anders ausgedrückt: Idioten gibt es überall.

Ein geläufiges libanesisches Sprichwort besagt: «Jeder Finger an einer Hand hat andere Eigenschaften.» Die Hand steht symbolisch für jede der vielen Religionen, politischen Parteien und Familienclans in der Region, die Finger für die Personen, die jeweils dazugehören. Das Sprichwort ist eine Metapher für die pluralistische Gesellschaft. Und es besagt auch: Jede Gruppe hat einen Querschläger, jede Religion oder Partei hat ein schwarzes Schaf oder Fanatiker. Es gibt aber auch überall Helden.

Gemeinsam Weihnachten feiern

Heute hören wir das zwar nicht oft, aber auch die Hände des Nahen Ostens haben ihren Ringfinger. Dieser gilt im Libanon als Symbol der Liebe und der friedlichen Koexistenz. Die Leute, die dafür sorgen, dass es eben nicht nur Krieg und Terror gibt, sondern speziell hier im Libanon auch ein friedliches Zusammenleben. Sie sind die Basis einer Konkordanzdemokratie, die in vielerlei Hinsicht vorbildlich ist. Die 18 offiziellen Religionsgemeinschaften leben im Libanon grösstenteils friedlich zusammen. Ganz aktuell gibt es gemeinsame Weihnachtsfeiern.

In den Stuben von Schiiten stehen ebenso Christbäume wie



Ein Weihnachtsbaum vor einer Moschee in Beirut.

Bild: Lucas Beck (21. Dezember 2016)

bei den Christen. Bei Sunniten und Drusen auch. Doch nicht nur Weihnachten wird gemeinsam gefeiert: Auch das Ende des Ramadan und andere wichtige Feste begehen Angehörige verschiedener Religionen gemeinsam – auch wenn die Traditionen nicht dem eigenen Glauben entsprechen.

In vielen Fällen werden die Unterschiede in der politischen oder religiösen Ausrichtung pragmatisch angegangen. Nur wenige Kilometer entfernt

von einer gefürchteten IS-Hochburg im Libanon, ganz in der Nähe der syrischen Grenze, liegt die Gemeinde Fakeha. Fakeha ist eine Streusiedlung. Hier leben insgesamt ungefähr 8000 Christen und 12 000 Sunniten. Hinzu kommen rund 10 000 Flüchtlinge aus Syrien.

Die meisten Bewohner Fakehas sind Bauern, es gibt nur ein wenig Industrie. Nasri Mohyideen, der Bürgermeister von Fakeha, erklärt: «Gerade während der Erntezeit wird hier

jede Hand gebraucht. Egal, welcher Religion oder Partei die Person angehört.»

Ob es Probleme gibt, wenn Christen und Muslime im gleichen Dorf leben? «Nein, die Religion spielt im Alltag selten eine Rolle.» Ausser wenn am Freitag der Imam zum Gebet ruft oder am Sonntag der Pfarrer zum Gottesdienst und gleichzeitig die Ernte eingefahren werden muss. Da muss jeder anpacken. Die beiden Geistlichen beharren darauf, dass das Gebet und der Gottesdienst erst beginnen, wenn mindestens 100 Personen in der Kirche oder Moschee sind. «Da kommt es schon sehr häufig vor,

dass ein paar Christen in die Moschee gehen oder ein paar Sunniten in die Kirche, damit das Gebet beginnen und man rasch wieder aufs Feld kann.»

«Die Kirche gehört zu uns»

Doch es ist nicht nur Pragmatismus, der den Umgang mit Religion prägt. Zum Teil sind die anderen ein wichtiger Bestandteil der eigenen Tradition. Wie in Yammouneh, einem Dorf in der Nähe von Baalbek. Die Bewohner von Yammouneh sind hauptsächlich Schiiten. Sie gelten als konservativ und politisch von der Hisbollah dominiert. Im Dorf regiert die Familie Shreif. Mitten im Ort steht eine Marienkirche. Ansässige Schiiten pflegen das Gotteshaus. Man nennt einige davon deshalb auch «die Schiiten der Jungfrau Maria».

Wir sprechen mit Assem Shreif, einem der einflussreichen Bewohner von Yammouneh. «Seit dem Ende des Bürgerkriegs in den 90er-Jahren leben nur noch wenige Christen hier im Dorf. Aber es wird regelmässig Messe gelesen.» Die Kirche wird mit grossem Respekt behandelt. Wenn ein Schiite die Kirche betritt, um eine Kerze anzuzünden, zieht er oder sie die Schuhe aus, weil es das Haus Gottes ist. «Das ist unsere Tradition. Die Kirche gehört zu unserem Dorf und damit zu uns.»

Die Gesellschaft im Libanon ist es vielleicht gerade wegen der grossen Unterschiede gewohnt, tolerant und offen zu sein. Trotz Flüchtlingen, nahem Krieg und Extremisten.

* Hinweis

Gastautor Dr. Lucas Beck (42) leitet seit März 2016 für die Deza ein Projekt zur Verbesserung des Wassermanagements im Libanon. Der aus Luzern stammende Kulturingenieur vermittelt und koordiniert in Konflikten und Projekten rund um die Verteilung und Bereitstellung von Wasser.



Flugzeugentführung endet glimpflich

Malta Zwei Ghadhafi-Anhänger entführten gestern ein libysches Flugzeug mit über 100 Passagieren an Bord. Wenige Stunden später ergaben sie sich den lokalen Behörden.

Aufatmen nach vier Stunden Nervenkrieg: Die Entführung eines libyschen Flugzeugs mit mehr als 100 Menschen ist in Malta ohne Gewalt zu Ende gegangen. Die zwei Entführer ergaben sich gestern maltesischen Sicherheitskräften. Zuvor hatten die beiden Männer bereits alle 109 Passagiere und die Crewmitglieder freigelassen.

Bei den Entführern wurden eine Handgranate und eine Handfeuerwaffe gefunden. Das sagte der maltesische Regierungschef Joseph Muscat am Freitag vor den Medien. Bei der Durchsuchung des Flugzeugs sei eine weitere Waffe entdeckt worden. Wie Libyens Aussenminister Taher Siala sagte, handelt es sich

bei den Entführern um Anhänger des ehemaligen libyschen Machthabers Muammar al-Ghadhafi, die eine politische Partei gründen und in Malta Asyl beantragen wollten. Einer der Männer hatte in der Flugzeugtür die grüne alte libysche Staatsflagge geschwenkt, die nach dem Sturz und Tod Ghadhafis 2011 abgeschafft worden war.

Auf Inlandflug entführt

Der Airbus der staatlichen libyschen Fluglinie Afriqiyah Airways war gestern ursprünglich auf einem Inlandflug von Sabha nach Tripolis. Doch Flug 8U209 änderte den Kurs und landete um etwa 11.30 Uhr auf dem Flughafen



Soldaten betreten das entführte Flugzeug.

Bild: Domenic Aquilina/EPA (Luqa, 23. Dezember 2016)

in der maltesischen Hauptstadt Valetta.

An Bord waren inklusive der Entführer 111 Passagiere, darunter 82 Männer, 28 Frauen und ein Kind. Auch ein Angehöriger des libyschen Parlaments hatte sich an Bord befunden, meldete der Nachrichtensender Al-Arabiya. Der Flughafenbetreiber hatte zunächst über eine «unrechtmässige Störung» informiert.

Drohung mit Sprengsatz

Libyens international anerkannte Regierung bestätigte die Entführung, wie die amtliche Nachrichtenagentur Lana meldete. Die zwei Entführer drohten Medienberichten zufolge mit einem

Sprengsatz. Auch die unabhängige libysche Nachrichtenseite Al-wasat berichtete ebenfalls von solch einer Drohung. Darüber habe der Kapitän den Tower auf Malta informiert.

Störungen für Flugverkehr

Auf Fernsehbildern war nach der Festnahme zu sehen, wie bewaffnete Soldaten das Flugzeug untersuchten. Der anfangs völlig unterbrochene Flugverkehr war gestern Nachmittag bereits teilweise wieder aufgenommen worden, noch bevor sich die beiden Entführer überhaupt ergeben hatten. Flüge in die und aus der Schweiz waren nicht vom Vorfall betroffen. (sda)